

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 51 (1971-1972)
Heft: 6

Rubrik: Kommentar

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentar

ABSCHIED VON DER BIPOLARITÄT?

Der *Coup de théâtre*, mit dem Präsident Nixon am 15. Juli die Welt überraschte, als er ankündigte, er werde nächstens nach dem kommunistischen China reisen, markiert zweifellos einen Wendepunkt in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten. Gleichgültig darum, ob der Besuch in Peking schliesslich zustande kommt oder nicht, bedeutet doch schon die Absicht des amerikanischen Präsidenten, persönlich den Kontakt mit den Führern der ostasiatischen Grossmacht aufzunehmen, einen demonstrativen Akt des Willens zur Abkehr von den aussenpolitischen Prinzipien, die Washington seit dem Siege Mao Tse-tungs im Jahr 1949 in Asien verfolgt hat. Der auf die Isolierung Rotchinas abzielende Kurs, den einst Truman einleitete, den Eisenhower und John Foster Dulles konsequent verfolgten und den auch Johnson weiterführte, wird endgültig verlassen.

Der Übergang erfolgt freilich nicht abrupt; schon längst haben die Amerikaner Signale ihrer Bereitschaft gegeben, auch neben den schon seit Jahren ohne sichtbaren Erfolg in Warschau geführten Botschafterunterhandlungen mit Peking ins Gespräch zu kommen; die Ping-Pong-Diplomatie

vom vergangenen Frühjahr war erstes sichtbares Anzeichen für eine zumindest atmosphärische Veränderung in den Beziehungen zwischen den beiden Mächten.

Der Druck der Innenpolitik

Die Motive, die Nixon bewogen haben, seinen Berater für Sicherheitsfragen, Henry Kissinger, auf die spektakuläre Mission nach Peking zu schicken, liegen einigermassen klar zutage. Der November 1972, in dem Nixon sich der Wiederwahl zu stellen hat, wirft bereits jetzt seine Schatten auf die Amtszeit des Präsidenten. Im Sommer und Herbst 1968 hat Nixon seine Wahlkampagne mit dem zwar vorsichtig und verklausuliert formulierten, aber doch mehr oder minder eindeutigen Versprechen geführt, das Engagement der Vereinigten Staaten in Südostasien zu beenden. Er hat die schon von seinem Vorgänger begonnene De-Eskalation weitergetrieben mit dem Ziel einer «Vietnamisierung» des Konfliktes. Trotz manchen klar auf Versöhnung abziegenden Gesten und Vorleistungen der Amerikaner gibt es jedoch bis jetzt kei-

ne Anzeichen dafür, dass die Gegenseite zu einem Waffenstillstand bereit sei. Die seit dem 10. Mai 1968 in Paris geführten Verhandlungen mit Nordvietnam kommen nicht vom Fleck; auch der jüngste kommunistische Friedensvorschlag enthält bei aller taktischen Raffinesse, mit der er vorgetragen wurde, nur scheinbar neue Elemente. Es ist nicht zu übersehen, dass die kommunistischen Delegationen in Paris sich in einer Position der Stärke wähnen und darauf spekulieren, dass die amerikanische Regierung durch die sich in den USA immer deutlicher manifestierende Kriegsmüdigkeit zu weiteren Konzessionen gezwungen werden könne. Die Vietnam-Demonstrationen vom Mai in Washington, die leicht ein grösseres Ausmass hätten annehmen und die Administration Nixon unter den Druck der Strasse bringen können, mochten Nordvietnam und den Vietcong in ihrer intransigen-ten Haltung bestärkt haben.

Um aus diesem *Circulus vitiosus* auszubrechen, blieb Nixon kaum eine andere Wahl als der Versuch, die starr auf ihrem Maximalprogramm beharrenden, unmittelbaren Akteure der Gegenseite durch einen Kontakt mit den hinter ihnen stehenden Mächten zu überspielen. Offensichtlich ist dabei von den Vereinigten Staaten schon in Moskau in dieser Richtung vorgefühlt worden – allerdings ohne Erfolg, denn auch Nixon durfte sich kaum Illusionen über das Gewicht des sowjetischen Einflusses in Ostasien hingeben. Die Tuchfühlung mit Peking hingegen wird nicht ohne spürbare Rückwirkungen auf die gesamte Konstellation in Südostasien bleiben. Selbst wenn der Besuch Nixons in China nicht unmittelbar zu einem Waffenstillstand oder Friedensschluss in Vietnam führt, wird er im Wahljahr

dem amtierenden Präsidenten einen solchen Prestigezuwachs bringen, dass er seines Erfolges im Urnengang vom November so gut wie sicher sein kann.

Aussenpolitische Implikationen

Vordergründig und kurzfristig mögen diese innenpolitischen Motive für Nixon ausschlaggebend gewesen sein, den Gang nach Peking jetzt zu wagen. Auf lange Sicht freilich werden die aussenpolitischen Folgen dieses Schrittes von ungleich grösserer Bedeutung sein. Erst-mals zeichnet sich in Umrissen eine Situation ab, welche die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges durch das Gesetz der Bipolarität der beiden Supermächte bestimmte Weltlage entscheidend zu verändern droht. Indem die Vereinigten Staaten Rotchina ins internationale Kräftespiel bringen, es diplomatisch anerkennen und seine Aufnahme in die Vereinigten Nationen befürworten, werden automatisch auch die Beziehungen zwischen Moskau und Washington verändert. Der Konflikt, den die Sowjetunion seit Jahren mit Peking ausflicht, erscheint nun plötzlich nicht mehr als eine isolierte Auseinandersetzung zwischen «sozialistischen Bruderländern» oder als Kampf um ein ideologisches Primat, sondern als Teil einer umfassenden weltweiten Machtprobe, in welcher die verschiedensten Koalitionen denkbar sind. Die zögernde und ungnädige Reaktion, mit welcher Moskau den «Flirt» zwischen China und den USA – so die Etikettierung der Reise Nixons durch die Sowjetpublizistik – zur Kenntnis genommen hat, deutet darauf hin, dass sich auch die Machthaber im Kreml der Implikationen durchaus bewusst sind, welche eine Annäherung Pekings

an Washington für sie mit sich bringen könnte. Ein neuer Faktor in der internationalen Politik, der gleichwertig im Spiel der beiden Grossen mitmachen könnte und Bündnisfreiheit nach zwei Seiten hätte, würde mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch die Sowjetunion in wichtigen weltpolitischen Fragen zu einer Neuüberprüfung ihrer Positionen zwingen.

Zukunftsperspektiven

Im Augenblick sind das alles jedoch noch Zukunftsperspektiven. Auch wenn Nixons Reise nach Peking die Vision eines neuen Gleichgewichtes der Kräfte in der Welt hat erstehen lassen, so hat doch die Ankündigung einer solchen Visite für den Moment nichts an den tatsächlichen Kräfteverhältnissen geändert. Noch immer sind die wirtschaftliche und die militärische Macht der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auch einzeln jeder anderen denkbaren Mächtekonzession so weit überlegen, dass kein Land so vermassen sein kann, als «dritte Kraft» mit ihnen ernsthaft in Konkurrenz zu treten. Der blosse Besuch eines amerikanischen Präsidenten, mag die Visite noch so überraschend kommen und spektakulär sein, löst auch nicht von einem Tag auf den andern die Probleme, die sich in den letzten beiden Jahrzehnten zwischen den Vereinigten Staaten und China aufgetürmt haben.

Nixon selbst hat davor gewarnt, nun in eine Euphorie zu verfallen. Ein erstes Beispiel dafür, wie weit der Weg zu Annäherung und Verständigung sein wird, hat man Anfang August erlebt, als Peking mit scharfer Kritik an Amerikas Entschluss, Rotchina den Weg in die

Vereinigten Nationen zu ebnen, nicht sparte, weil die USA die Frage eines Verbleibens von Nationalchina im Sicherheitsrat offen liessen. Der Chinabesuch Nixons wird lediglich ein erster Meilenstein sein; die Welt hat sich in den vergangenen Jahren daran gewöhnt, bei Verhandlungen mit asiatischen Partnern sich tunlichst auf lange Fristen einzurichten und dem Faktor Zeit eine andere Bedeutung beizumessen als im westlich-rationalistischen Denkschema.

Historische Wende?

Trotz dieser Einschränkungen wäre es jedoch wohl falsch, die Veränderungen, die sich mit Nixons Chinabesuch anzubahnenden scheinen, zu bagatellisieren. Freilich vermag man heute noch nicht zu übersehen, ob dieser Kurswechsel in Amerikas Chinapolitik lediglich eine Wende in den Beziehungen der beiden Mächte untereinander bedeutet oder von entscheidender historischer Wichtigkeit ist. Während Jahrhunderten ist die internationale Politik durch ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen zahlreichen, in ihrer Stärke ungefähr gleichrangigen Mächten bestimmt worden. Der Zweite Weltkrieg hat diese Balance zerstört; die Welt zerfiel in zwei sich rivalisierende Blöcke, die keinerlei Mächtekombinationen mehr zuließen, aber in ihrer gewaltigen Machtballung und im Besitz von Zerstörungsmitteln unvorstellbaren Ausmasses ein neues Gleichgewicht schufen, das – auch wenn es ein solches des Schreckens ist – doch während mehr als einem Vierteljahrhundert der Welt eine Periode relativer Ruhe und eines wenn auch prekären so doch dauerhaften Friedens schenkten.

Man hat sich seit 1945 so an diese

Situation gewöhnt, dass es bereits schwer fällt, sich neue Konstellationen vorzustellen. Die letzten Jahre haben jedoch nicht nur die Potenz, sondern auch die Grenzen der Supermächte gezeigt, die – obwohl im Besitz eines überdimensionierten Vernichtungspotentials – die Desintegrationsbewegungen innerhalb ihrer Hegemonialbereiche nicht aufzuhalten vermochten. Die Aufwertung Chinas zur Supermacht neben den beiden andern Grossen eröffnete ohne Zweifel, wenn auch zunächst erst vage

umrissen, neue Möglichkeiten. Ein verändertes Gleichgewicht der Kräfte in der Welt würde sich abzeichnen, wenn einmal im Lauf der kommenden Jahre (oder Jahrzehnte) China tatsächlich zur dritten Supermacht würde und andere hochindustrialisierte Staaten oder Staatengemeinschaften gleichberechtigt in den Kreis der Grossen träten – eine Entwicklung, die zweifellos ihre Chancen, aber auch Risiken birgt, die heute noch kaum kalkulierbar sind.

Alfred Cattani

GESUCHT: INFORMATION FÜR GROSSE ENTSCHEIDUNGEN

Alle reden vom Volk

Alle reden vom Volk. Da wir in einer Referendumsdemokratie leben, haben wir auch allen Grund dazu: Was immer unsere Politiker tun, ist gerade soviel wert, als das Volk es nachher stützt oder wenigstens nicht zurückweist. So sind die Blicke jener, die unser Verhältnis zur EWG zu gestalten haben, gebannt auf die Frage gerichtet, wie weit das Volk wohl mitmache. Unsere Politik gegenüber der UNO ist zur Hauptsache das Ergebnis vorweggenommener – vermuteter – Volksentscheide. In jenen Berner Büros, wo die für die Durchführung unserer Fremdarbeiterpolitik Verantwortlichen sitzen, hält man den Atem an, wenn irgendwo wieder irgendwer irgendetwas über die «Überfremdung» sagt. Und am «Volk» irre werden jene, die mit dessen junger Generation zu tun haben. Die ganz Pfiffigen vertrösten sich mit dem, was sie die

«schweigende Mehrheit» nennen. Kurzum: ein jeder horcht auf das Volk, und mancher verdient auch sein tägliches Brot damit, indem er als besonders begnadeter Lauscher hellhörig die wechselnden Stimmungen des «Volkes» interpretiert und Kolumnen schreibt.

Schweizer Solidität – verpasste Züge

Allein – es bleibt bei blosser Mutmassung und hie und da gar nur beim Phantom. Doch leider kommen diejenigen, die unsere Politik machen, nicht darum herum, täglich mit solchen Mutmassungen zu arbeiten. Gutschweizerisches Soliditätsbewusstsein gebietet ihnen, die Möglichkeit, durch das Volk desavouiert zu werden, ernst zu nehmen – ja mehr als das: die Möglichkeit als Wahrscheinlichkeit und gar als Realität auf die Zukunft zu diskontieren. Die Folgen sind bekannt: mangelnde Flexi-

bilität, Überforderung durch den Ansturm immer neuer Aufgaben, verpasste Züge. Wenn man «es» nur besser gewusst hätte ...

Stumpfe Instrumente

Als Ausweg aus diesem Dilemma ist schon das Mittel der konsultativen Volksabstimmung vorgeschlagen worden. Man hat diese Idee mit Recht zurückgewiesen, denn mit einem verfassungsrechtlichen Zwitter von verbindlichem Volksentscheid und unverbindlicher Information zuhanden der für das Regieren Verantwortlichen wäre wenig geholfen; was wir brauchen, das ist ganz ausschliesslich Information allein.

Doch auch von verfassungsrechtlichen Bedenken abgesehen, wäre ein solches Referendum von geringem Wert: Zwischen «Ja» und «Nein» zu wählen oder allenfalls noch von vier Optionen eine anzukreuzen, geht an, wenn es zwischen ausgereiften Alternativen zu entscheiden gilt, ist aber ein gar plumpes Instrument, wenn differenziertere Meinungslandschaften ausgeleuchtet werden sollen.

Dringend nötig: Meinungsforschung

Da fällt dann der Blick auf ein Instrument, das in der Schweiz als politische Entscheidungshilfe viel zu wenig bekannt zu sein scheint: die Meinungsforschung. Gewiss gibt es Ansätze; wir wissen, wieviele Prozent der Bevölkerung einen UNO-Beitritt befürworten und wie sich wer zur Entwicklungshilfe stellt. Aber wir brauchen dringend mehr: eine umfassende Befragung unserer Bevölkerung, Auskunft über ihre

politischen Identifikationen, über die Bezugsrahmen ihres Denkens. Eine Nation ist, so hat ein kluger Franzose einmal gesagt, «un plébiscite de tous les jours». Auch die Schweiz ist gerade in dem Masse Nation, als ihre Einwohner national denken, und unsere Europapolitik ist gerade in dem Masse möglich, wie sie europäisch denken. Aber eben: wissen müsste man, *wie* sie denken.

In einer Zeit, wo soviel auf dem Spiel steht wie heute, wo jetzt getroffene Entscheidungen so umfangreich wie nie zuvor das Leben der kommenden Generationen bestimmen werden, können wir es uns einfach nicht mehr leisten, auf moderne Mittel der Informationsbeschaffung zu verzichten, einen liebenswürdigen Amateurismus des Mutmassens über das Volksorakel zu pflegen, auf den «politischen Instinkt» unserer Volksvertreter und Magistraten zu bauen. Die öffentliche Meinung ist eine zu ernste Sache, um einem Ratespiel überlassen zu bleiben.

Gesinnungsschnüffelei? Gängelung?

Natürlich ist eine umfassende, systematische, mit allen modernen Mitteln geführte und wenn möglich auch periodisch wiederholte Meinungsumfrage nicht ganz problemlos. Heisst das nicht Gesinnungsschnüffelei zum Zwecke besserer Manipulation? Dieser Verdacht lässt sich ein für allemal aus der Welt schaffen, indem man die Ergebnisse veröffentlicht – und damit auf den selben Streich gleich auch noch ein gutes Stück schweizerischer Politik «transparent» macht, wie jene zu sagen pflegen, die wahrscheinlich als erste den Vorwurf der Gesinnungsschnüffelei und Gängelung aussprechen würden.

Den Puls beschleunigen

Ein Einwand freilich ist sicher berechtigt: So, wie sich der Puls oft plötzlich beschleunigt, wenn und gerade *weil* er gefühlt wird, so könnte die Meinungsforschung ein verzerrtes Bild von der Wirklichkeit liefern: An sich diffus vorhandene Gefühle erscheinen dank dem Zwang zu eindeutiger Stellungnahme als scharf profilierte Meinungen, alter Bodensatz vergangener Emotionen wird wieder aufgewirbelt,

Meinungen werden gezeugt, wo an sich gar keine vorhanden sind. Das wird in der Tat geschehen. Aber das ist gut so – Diskussion tut ja not, und ein Anstoss hierzu wäre an der Zeit. Denn nur durch eine neu belebte Diskussion erhalten wir Antwort auf jene grosse Frage, die die Grundlage und Voraussetzung allen politischen Handelns und des aussenpolitischen Handelns im besondern bildet: Wer sind wir?

Daniel Frei

DIE WAHRHEIT AUF DEM THEATER

Das Gastspiel des «Théâtre du Soleil» in der Züspa-Halle wurde von den Zuschauern, die um Plätze anstanden, mit Recht als ein Ereignis empfunden. Die Kritik war begeistert. Der Ausbruch aus starren Konventionen, der geglückte Versuch, die Französische Revolution nicht nur in historischen Bildern und im Kostüm der Zeit zu spielen, sondern den Spektakel zur Sache der Zuschauer zu machen, zeitigten Wirkungen, die man vom Theater offensichtlich nicht mehr erwartet hatte. Es kommt hinzu, dass einzelne Spielzüge besonders effektvoll gerieten: das Spiel mit Handpuppen, die überlebensgrossen Popanzen des Königspaares über den Köpfen der Menge, das Spiel mit dem Kostümplunder, aber auch der Einfall, Szenen, in denen die allgemeine Lage des Volkes sichtbar werden sollte, gleichzeitig auf mehreren Schauplätzen darzustellen, sind hier besonders hervorzuheben.

Warum ich in dem Augenblick, da

die ersten Stellproben stattfinden und sich die Theaterschaffenden aller Stufen bereits fieberhaft auf die Eröffnung der neuen Spielzeit vorbereiten, auf ein Ereignis zurückkomme, mit dem die vergangene zu Ende ging? Mir scheint, dass sich daran einige Wahrnehmungen und Bemerkungen zur Situation des Theaters anknüpfen lassen, die nützlich sein könnten. Zwar wird man einwenden, der Zeitpunkt dazu sei falsch gewählt, die Theaterleute zum Beispiel hätten jetzt schon gar nicht Zeit, sich mit grundsätzlichen Erwägungen zu befassen, und was da etwa theoretisch erörtert werde, bleibe darum ohne Wirkung auf die Praxis. Aber ich zweifle daran, dass es überhaupt einen Termin gibt, an dem die Praktiker des Theaters ansprechbarer sind. Wenn sie jetzt aus verständlichen Gründen keine Zeit zum Grübeln haben, so wollen sie gegen Ende der Spielzeit nichts mehr von den Problemen wissen, mit denen sie sich von Produktion zu Produktion

herumzuschlagen haben. Eben darum spielt es gar keine so grosse Rolle, ob Überlegungen aus der Distanz vor, während oder nach der Spielzeit angestellt werden. Ihre Chance, zur Kenntnis genommen und überdacht zu werden, ist nicht allzu gross. Denn der Theaterschaffende misstraut zudem aus Instinkt den Leuten, die Theater nicht machen, sondern darüber reden.

Man könnte von da aus die Vermutung wagen, die Parolen und Lehren, die in den letzten Jahren manchmal weit grössere Publizität beanspruchten als die Inszenierungen, die sie kommentierten oder begründeten, seien im Grunde samt und sonders theaterfremd, von aussen herangetragen und kaum gründlich reflektiert von denen, die sie in erster Linie betreffen: von den Schauspielern. Dass autoritäre Theaterführung verpönt sei, Mitbestimmung im Kollektiv vor allem mit dem Starunwesen aufzuräumen habe, die Leistung des einzelnen Darstellers nicht mehr gefragt sei, sondern allein die Arbeit und der Einsatz des Teams, der Gruppe, des Kollektivs: das alles sind Feststellungen, die nichts weiter als klägliche Schlagworte bleiben, wenn man sie nicht relativiert. Selbstverständlich ist das Startheater, das einem einzelnen Darsteller und nicht der Aufführung dient, eine schlimme Sache. Sie wird aber nicht besser, wenn man den Star herausnimmt und an seine Stelle das Kollektiv setzt. Und vor allem sollte man nicht dem Irrtum verfallen, wer auf das Gemeinschaftliche in der Kunst des Theaters abziele, könne auf die hervorragende Leistung des Einzelnen verzichten. Grosse Schauspieler, bedeutende Darsteller, Könner in jedem Fall, sind nach wie vor die entscheidende Veraussetzung dafür, dass gros-

ses Theater möglich werde. Sie so zu führen, dass sie sich einfügen in ein gemeinsames Ganzes, ist die Kunst des Regisseurs.

Und hier komme ich auf das Revolutionsschauspiel des «Théâtre du Soleil» zurück, denn eben in dieser Hinsicht waren da Schwächen und empfindliche Mängel einfach nicht zu übersehen. Auch wenn man in Rechnung stellt, dass Theater, das in der Fabrik- oder Ausstellungshalle, nicht von einer Kammerbühne aus, sein Publikum erreichen soll, notwendigerweise zu gröberen Ausdrucksmitteln greift und auf feinere Nuancen verzichtet, muss festgestellt werden, dass die Darsteller der französischen Truppe mit dem Darstellungsstil nicht immer überzeugend und in einzelnen Partien gar nicht zu Rande kamen. Nun gut, ein Volkstribun legt die Worte nicht auf die Goldwaage, er schreit sich heiser, er brüllt seine Parolen in die Menge. Der Schauspieler aber, der den Volkstribunen spielt, muss das Gebrüll gestalten, wenn er sich nicht nach wenigen Minuten Aufmerksamkeit und Interesse des Publikums verscherzen will. Man sagt vielleicht, das seien typische ästhetische Vorurteile, verfehlt im Fall eines Dramas, das die Revolution zum Thema habe und die Zuschauer nicht ästhetisch verzaubern, sondern politisch aufklären wolle. Aber die Absicht mag nun sein, wie sie will: das Instrument, dessen sie sich bedient, ist der Schauspieler. Die Theoretiker, die seine Funktion politischen Zwecken entsprechend definieren, stehen selbst nicht auf dem Podium oder auf der Bühne. Sie stehen nicht vor der Aufgabe, durch Unmittelbarkeit, Konzentration, lebendige Ausstrahlung und darstellerische Kraft Aufmerksamkeit zu erzwingen.

Es ist nicht mehr zu übersehen, dass sie den Schauspieler in ihrem Konzept vernachlässigt, ja abgewertet haben. Man will ihn nicht mehr als den Künstler, dessen besondere Leistung die Zuschauer beeindruckt. Man sieht ihn eher als einen Funktionär des Kollektivs.

Die Folge davon ist ein Verlust an Wahrheit. Denn eben das ist die paradoxe Kunst des Schauspielers (man kann es bei Diderot nachlesen), dass er eine Verhaltensweise darstellt und damit Wahrheit erzeugt, dass er – ohne sich zu verwandeln, ohne jemals darauf zu verzichten, er selbst zu sein – das, was er spielt, als Wahrheit zu vermitteln vermag. Kein geringerer als Siegfried Melchinger hat kürzlich seiner Befürchtung Ausdruck gegeben, die ungebremste Tendenz zur Kollektivierung und all die Schlagworte drum herum drohten zum Abbau der Schauspielkunst zu führen. Gruppenarbeit, Diskussion, die Einfügung aller Beteiligten in das Gesamte der Inszenierung, die selbstlose Arbeit im Dienst einer Idee sind damit natürlich nicht abgewertet. Es ist wichtig, dass man sich wieder darauf besinnt, dass man Formen des Theaters zu erproben begann, in denen diese Elemente Vorrang haben. Nur dürfte es nicht auf Kosten der Schauspielkunst geschehen.

Melchingers Befürchtungen in dieser Hinsicht haben einen konkreten Grund. In einem Aufsatz, der in der «Deutschen Zeitung/Christ und Welt»

erschienen ist, berichtet er über eine Auszeichnung, die sozusagen unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorgenommen werden musste. Im Rahmen der Ruhrfestspiele Recklinghausen pflegt der Deutsche Gewerkschaftsbund jedes Jahr einen Kulturpreis zu vergeben. Philosophen, Künstler und Publizisten sind die bisherigen Preisträger. Dieses Jahr sollten es zwei Schauspieler sein: Bernhard Minetti und Maria Wimmer. Melchinger konstatiert in einem Satz, den Enttäuschung und Befürchtung geprägt haben: «Jedem Verseschreiber und Notenmacher hätte man die Ehre erwiesen, die den Schauspielern verweigert wurde.» Verweigert von wem? Weder das Fernsehen noch die grossen Blätter hielten es für nötig, auf den Anlass und die Laudatio, die Melchinger dabei hielt, überhaupt einzutreten. Der Grund: Der Redner gab seiner Sorge darüber begründeten Ausdruck, dass die Schauspielkunst ausgerechnet in dem Kreise selbst, in dem sie sich zum Ausdruck bringt, mehr und mehr abgewertet wird.

Das Beispiel, das ich aus dem Programm der Zürcher Juni-Festwochen angeführt habe, ist eines unter vielen. Und es zeigt besonders deutlich, wie schmerzlich das Missverständnis sein kann, wenn man das Kollektive unter Ausschluss individueller Schauspielkunst meint realisieren zu müssen. Ohne sie ist das Wichtigste gefährdet: die Wahrheit auf dem Theater.

Anton Krättli